

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher... 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark...

Zaack-Keitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 8, 8gspalt, 34mm br. Millimeter... 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 352.

Halle, Mittwoch, den 30. Juli.

1919.

Die weitere Verfassungsberatung.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 30. Juli. 70. Sitzung. Am Regierungs... Präsident Heynenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten.

Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt. Abg. Durringer (Dn.): An unserer absehbaren Stellung gegenüber der Verfassung hat sich seit der zweiten Sitzung nichts geändert.

nicht identisch sein will mit der früheren Faktion der Konfessionen, mit der Vaterlandspartei und den Alldentschen. Die gegen uns gerichteten Vorwürfe als Kriegsverleugner empfinden wir als paritätisch.

Das markante Zeichen dieser neuen Verfassung aber ist ein: zurecht Parlamentarismus. Die Gegenüberstellung, die man gegen das Ueberwachen des Parlamentarismus einsetzt; Reichspräsident, Reichsrat, Referendum genügen in den Formen, wie man sie konstruiert hat, keinesfalls.

Abg. Dr. Cohn (L. S.): Der Parlamentarismus hatte den Mut, sich auszuwickeln und die Gesellschaft, wie alles natürliche Leben aus der Erde aufzubauen.

an die neuen treibenden Kräfte des Wirtschaftslebens. Hier hat die Verfassung verlagert, weil wir keine einheitlichen Kräfte haben.

Reichskommissar Dr. Preuß: Die Opposition der Rechten und der äußersten Linken ist für darüber einig, daß der Zeitpunkt für die Verfassung falsch gewesen sein soll.

Die neue Polizeireform.

Berlin, 30. Juli. Auf Grund der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage muß die Reform des Polizeiwesens so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die bisherige Voraussetzung, daß im Falle äußerster Gefahr jederzeit Militär zur Unterstützung der Polizei zur Verfügung steht, trifft jetzt nicht mehr zu.

jedoch werden die bereits erworbenen Beamtenrechte dadurch nicht beeinträchtigt. Der Dienst umfost 24 Stunden den Außendienst, abdaun 24 Stunden Bereitschaft und 24 Stunden Ruhe. Die Bewaffung der einzelnen Polizeibeamten des Sicherheitsdienstes, sowie die Bewaffung der Polizeibehörden selbst wird auf völlig neuzeitlicher Grundlage erfolgen.

Erleichterungen im Post- und Telegrammverkehr nach dem Auslande.

WTB. Weimar, 30. Juli. Um den Bedürfnissen des Verkehrs so weit entgegen zu kommen, wie es mit der Notwendigkeit, die Steuerlast zu vermindern, vereinbar ist, hat der Reichsminister der Finanzen...

Sach beharrt auf der Berliner Busse.

WTB. Berlin, 30. Juli. In dem schon erwähnten Auftrag der Deutschen Allgemeinen Zeitung über französische Propagandaschritte von 1871...

Ludendorff abermals gegen Erzberger.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Auf die gestrige Rede Erzbergers in Weimar wird General L. Ludendorff folgendes erwidert: 1. Die Oberste Heeresleitung hatte keinerlei Beziehungen zur Rheinischen Westfälischen Zeitung gehabt; 2. die Durchführung, was als die Rheinisch-Westfälische Zeitung des Reichs...

Arbeit für den Staatsgerichtshof

Noch ist die Vorlage über den Staatsgerichtshof nicht zur Erledigung gekommen. Es ist anzunehmen, daß sich auch noch eine Kommission der Nationalversammlung mit dieser Vorlage beschäftigen wird.

Die letzten Tage waren für ganz Deutschland keine angenehmen und frohen. Wir hätten es gewünscht, daß es nicht erforderlich geworden wäre, den Bedarf des nicht gerade nach Arabien Wohlgerichten duftenden Raikens einer finsternen Vergangenheit zu küssen.

Ein Grauen muß uns alle überkommen, wenn wir heute verfolgen, wie der Kaiser Michaelis in kritischen Tagen unserer Geschichte, die zu einem leidlichen Frieden führen konnten, mit den Interessen der Allgemeinheit spielte. So viel Unberühmtheit, so viel Verlogenheit im Kopfe eines einzigen Politikers!

(Achte Dresdenische Seite auf Seite 2.)

Sie beide, Michaels und Lubendorff, sollen und müssen zunächst die Inhaber der Staatsgerichte sein. Der dritte aber ist Herr Matthias Erzbürger sein. Wir können uns durch seine Eigenschaften, Intelligenz, Mäßigkeit und Energie nicht blenden lassen, denken vielmehr daran, was er durch sein aktives und passives Verhalten gesündigt hat. Diese Sünden sind so groß, daß man diesem geschäftlichen Manne kein Amt stellt, wenn man ihn mit einem Amtswort nicht entschuldigen will. Er kann entdecken, was Entschuldigungen annehmen, weil sie von seiner besseren und würdigeren Seite zu sein, aber er vermag darüber die eigene Schuld nicht zu verhehlen.

Zunächst gewinnen wir täglich mehr den Eindruck, daß er nicht entschuldigbar, um dem Volke seinen Wein einzuschleusen, sondern deshalb, weil er angegriffen war und weil er die eigenen Ankläger moralisch zu schlagen wollte. War seine Entschuldigungsfrist wirklich nur von reinen vaterländischen Motiven eingegeben, dann hätte sie länger erlangen müssen! Die ihm eigenen unheimlichen Eigenschaften verunglückte dieser Politiker auch jetzt nicht. Und weiter: Er mag reden, noch so leidenschaftlich und mit noch so viel persönlicher Gewandtheit, das Ausplaudern des Inhalts des Briefes des Grafen Krumpholtz an Kaiser Karl an die Frankfurter Versammlung ist und bleibt eine Tat, die verurteilt werden muß. Die ihm eigene Unfähigkeit hat. Von dem Augenblick der Entlassung Erzbürgers an datiert die Kenntnis unserer damaligen Feinde, die wesentlich zur Stärkung ihres Willens zum Vordringen beitrug. Sollte er einen Gebrauch von seinen Kenntnissen allein im Interesse des deutschen Volkes machen, dann war nur der Hauptausgangspunkt der geistigen Art. Dort mußte er, und zwar unweigerlich, vorzugen, was er wollte, damit alle die, die wie Erzbürger das M. d. N. auf der Visitenkarte trugen, wußten, wie es mit seiner Kraft bestellt war. Er führen dann unsere Feinde etwas, niemand hätte Erzbürger einen Vorwurf machen dürfen. Seine Plaudereien gegenüber Frankfurter Parteifreunden aber sind und bleiben in der That zu verzeihen. Das ist das, was die Verbrechen, was ihm die Ankläger vor den Staatsgerichtshof stellen sollte.

Und das andere: Erzbürger konnte den Brief des Runtius besetzen. Er rühmt sich heute dessen. Er kann auch die Antwort, die dem päpstlichen Runtius erteilt wurde. Es wurde ein politisches Verbrechen an deutschen Völkern begangen. An den fünf Fingern einer Hand kann man die Wunden abzählen. Erzbürger gehörte zu ihnen. Er wußte Bescheid und doch schloß seine Augen! Er, dem Zurückhaltung immer eine unbekannte Eigenschaft zu sein schien, schwieg. Erzbürger zweifelt auch heute den Mut anderer Persönlichkeiten an. Und doch! Hatte er nicht den Mut zu reden, als es Zeit war? Hatte er nicht den Mut gegen eine Komarilla anzutämpfen, die dem deutschen Volke die Friedensmöglichkeiten beschnitt? Oder glaubte er — diese Frage ist nur zu berechtigt — eines Tages das bessere politische Geschäft machen zu können, wenn er damals schwieg? Täglich sehen auf den Schlachtfeldern Europas Tausende blühender Menschen, andere Tausende wurden zu Krüppeln gefesselt; Tausende deutsche Mütter verloren den Sohn, andere Tausende deutsche Frauen den Gatten, Tausende von Kindern den Vater und Ernährer. Ein offenes mutiges Wort eines Wissenden hätte vielleicht Verheerung verhindern können. Die Klarheit, nach der wir alle uns immer sehnten, hätte reinigend gewirkt. Trotzdem das schürzbare Schweigen! Erzbürger, der den Gebrauch der Flamme empfahl (der die Werkzeuge des Feuers auch aus Aufschiffen heraus zu benutzen wollte), der sich mit Plänen zur Annexion der Kolben- und Erzgebirge von Longwy und Brieg befaßte, schwieg in einem Moment, wo er seinen Namen mit ehernem Griffel in die Geschichte Deutschlands eingegraben konnte. Seine Kenntnisse, auf die das ganze Volk berechtigten Anspruch hatte, benutzte er sorgfältig in seinem Wussten auf, um erst dann damit heranzutreten, wenn es ihm und seinen Räten passend erschien. Er rüchete mit seiner Kenntnis erst heraus in einem Augenblick, in dem es schien, als ob er seine beherzigende Stellung in dem jetzigen Kabinett verlieren würde. Dieses langanhaltende Schweigen war auch ein Verbrechen! Erzbürger darf entschließen, er darf sich nicht selbst in der Rolle eines Anklägers gefallen. Ein Beschläger kann Mißbilligung verdienen, aber die Rolle des vorkommlichen Anklägers kann er selbst nicht mehr spielen. Und es ist nur ein Zeichen dafür, wie weit wir gekommen sind, daß sich mit der Empörung gegen das Verhalten Michaels und Lubendorffs nicht auch ein Sturm der Entrüstung gegen das jämmerliche Verhalten Erzbürgers im ganzen Volke bemerkbar macht. Einen solchen Sturm als Ankläger setzen wir ab, und wir werden die Sinne leuchten, die die Kunde bringt, daß dieser Mann mit den schürzbaren, unheimlichen Unterlassungssünden nicht mehr Willig der Regierung ist. Er gehört wie andere vor der Nationalversammlung diese Forderung offen und energisch zum Ausdruck bringt?

Sarl Sima.

Mehr Zeit!

Berlin, 30. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll am 1. August d. J. ab eine Aufhebung der Bevölkerung bis auf den Normalfuß von 100 Gramm pro Kopf der Bevölkerung wünschenswert in den Erzeugungsgebieten, je nach der Möglichkeit der Beschaffung von Milch und

Butter eintreten. Außerdem soll der Kopf der Bevölkerung einschließlich der Selbstverzögerer eine Speisefuttermenge von 50 Gramm (normale in Margarine) wünschenswert ausgegeben werden, die an Stelle der bisher nur den Verpöhrungsbedürftigen gewährt werden soll.

Da der Reichsausgleich für Getreide und Getreide mit Rüchtheit auf die gesteuerte Kaluta die Poststoffe so teuer einkaufen mußte, daß die Abgabe an die Margarinefabriken nicht mehr zu den bisherigen Preisen erfolgen kann, wird vom 1. August ab auch eine Menge von 200 Gramm Margarine pro Kopf unentgeltlich. Das Pfund Margarine wird im Verzehrsstern etwa dreimal 32 bis dreimal 33 Pfennig kosten.

Gute Ernteausichten.

Berlin, 30. Juli. Aus allen Teilen des Reiches laufen Nachrichten über eine gute Ernte ein. Auch in der fruchtbarsten Soester Börde, der Kornammer Westfalen, sind sehr gute Ernteergebnisse zu verzeichnen. Nicht nur der Körnerertrag ist vornehmlich gut, sondern auch das schon langschäftige Getreide läßt nichts zu wünschen übrig. Der Weizen, der in der Soester Börde besonders angebaut wird, befindet sich ebenfalls zu den besten Hoffnungen. Sofer ist in seiner Entwicklung durch die lang anhaltende Kühle und trockene Witterung des Frühjahres beeinträchtigt. Doch ist immer noch mit einer guten Mittelernte zu rechnen. Auch die Getreideernte zeigt einen guten Stand.

General Stein gegen den Prinzen von Baden.

In seinem jechen erdheneren Auge: Erlebnis und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges sagt der ehemalige Generalquartiermeister Steine in über die Ursachen seiner Entlassung: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht freiwillig gegangen bin, da glaubt werden könnte, ich hätte in schwerer Lage des Vaterlandes meinen Posten verlassen. Der Vorgang war eigentlich genug. Ich lernte den Prinzen Max erst in Berlin kennen. Er war sehr freundlich zu mir und erinnerte sich, daß ich an der Spitze eines holländischen Generalkommandos gestanden hätte. Wenige Tage später war ich zu einer Sitzung geladen. Der Prinz begrüßte die Versammlung und verabschiedete sich wieder, da er wegen eines wichtigen Thronvortrages zum Kaiser fahren mußte. Bei seinem Fortzuge wechselten wir noch einige Worte, wobei er wieder sehr freundlich war. Bei dem Thronvortrage hat er jedoch dem Kaiser den Kaiser meine Entlassung zur Bedingung gemacht. Hätte er mit mir ein Wort von seiner Willigkeit gesagt, so würde ich dem Kaiser die Zwangslage erspart und sofort meine Entlassung erbeiden haben. Das Verfahren hat mir nicht gefallen, aber für die Entlassung bin ich dankbar geworden.

Unsere Kriegsschiffe an Frankreich?

Berjailles, 29. Juli. „New York Herald“ meldet: Der Kaiser hat die Absicht, Frankreich die deutschen Kriegsschiffe zurückzugeben.

Über das Schulkompromiß.

Das noch nicht abgeschlossene ist, wird zwischen den Reichsparteien und den Demokraten noch verhandelt. Die „Germania“ hofft, daß die Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis führen werden.

Entlassung der Kriegsgefangenen aus Frankreich Ende August.

Paris, 29. Juli. Die französische Minister hat den allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf die Höhe nach der Ratifikation des Friedensvertrages in französisches Parlament beschloß. Die Ratifikation soll am 15. August durchgeführt sein.

Keinerlei Zugabe über die Revision des Friedensvertrages.

Auf dem Paritätstag der Deutschen Demokratischen Partei hatte Graf Bernstorff eine Zusicherung getan, wonach wir Aussicht auf eine Revision des Friedensvertrages hätten. Inzwischen ist er jedoch wieder zurückgekehrt, daß seitens der Entente nicht die geringste politische Zugabe über eine beabsichtigte Revision des Versailles Vertrages vorliege. Nur durch lokale Erfüllung der Bedingungen und den darauf begründeten Eintritt in den Völkerverbund können wir die Hoffnung hegen, daß vielleicht später eine Revision vorgenommen wird.

Feindliche Heeresaufträge für das Saargebiet.

Saarbrücken, 30. Juli. Die französische Regierung erteilte den Sittenerwerken im Saargebiet für mehrere Millionen Mark Aufträge zur Lieferung von Material für die französische Flotte. Auch England hat u. a. den Sittener Sittenerwerken bedeutende Aufträge in Heereslieferungen gegeben. Die englische Militärbehörde hat für Millionen Lebensmittel und anderes Material aus eigenen Beständen abgelassen und zum Verkauf angeboten.

Generalaufstand gegen das Kabinett Clemenceaus.

Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Lord Curzon, der britische Außenminister, hat dem Kabinett eine Erklärung abgegeben, die sich auf die Arbeiter bezieht, und durchzusetzen, daß die Amerikaner die Heeresgüter, die zurückgegeben sind, nicht an Frankreich verkaufen sollen. Man behauptet, daß diese Klagen für Kriegszwecke, nicht aber für die Not der Bevölkerung Wert haben.

Fortschreitende Demobilisierung in England.

Amsterdam, 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Telegraph aus London meldet, erklärte Churchill in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß schon über drei Millionen englische Offiziere und Mannschaften demobilisiert seien. Durchschnittlich würden 5-6000 Mann täglich demobilisiert. Die englische Armee werde bald ausschließlich wieder nur aus Freiwilligen bestehen. Es werden sich zwei

wöchentlich 4-5000 Freiwillige, wodurch die Abschaffung des Dienstpflichtig bestmüßigt würde.

Zurückziehung der britischen Truppen aus Nordrussland.

WTB. London, 29. Juli. Im Unterhause teilte Churchill mit: Die Regierung beabsichtigt die britischen Truppen vor dem Winter aus Nordrussland zurückzuziehen. Die Befreiung von Lebensmitteln und Munition an Kolossal und Densin würde sorgfältig werden. Die britischen Truppen würden auch aus dem Kaukasus und Sibirien zurückgezogen und in wenigen Monaten würden sich kaum noch irgend welche Truppen in Russland befinden. Churchill führte aus, daß Kolossal und Densin dadurch, daß sie zwei Drittel des ganzen kaiserlichen Seeres beschlagnahmt, die Erhaltung der beiden Staaten geteilt hätten. Er betonte, daß das Gleichgewicht Mitteluropas vielleicht in verhängnisvoller Weise gefährdet worden wäre, wenn die Alliierten diese Armeen nicht mit Material versorgt hätten.

Ferner teilte Churchill mit, daß die britische Freiwilligenarmee sich auf etwa 250 000 Mann belaufe. England beschlagnahmt nicht, nach dem Strie eine wesentliche Größe zu erreichen zu haben, als es zur Zeit des Kriegsausbruchs gewesen habe.

Deutsch-Österreich und der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

WTB. St. Germain, 29. Juli. (Korr.-Bür.) Der französische Minister für Wiederaufbau, Loucheur, hat heute mit Staatskanzler Kerner eine lange Besprechung wegen der Verwendung deutsch-österreichischer Arbeiter bei dem Wiederaufbau in Nordfrankreich, wobei Loucheur zugab, daß die Arbeiter als freie Arbeiter behandelt und dementsprechend vergütet und nicht schlechter als die französischen Arbeiter behandelt werden würden. Loucheur brachte sodann die Arbeiterfrage zur Sprache, verweist auf den internationalen Charakter der Arbeiterfrage, sowie darauf, daß Frankreich nur 50 Prozent seines Bedarfs bezieht. Schließlich wurden die deutsch-österreichischen Ernährungsministerien besprochen, wobei Loucheur eine Besprechung dieser Frage bei der Konferenz am Freitag in London zugabte.

Deutsches Reich.

Der Streit bei Siemens.

Die gestrige Verammlung der streikenden Siemensischen Arbeiter führte noch nicht zu einer Abmündung. Eine solche soll erst heute früh erfolgen. Die Vertrauensleute beantragte die Arbeitsaufnahme. Der „Vorwärts“ erwartet, daß die Streikenden dem Rat ihrer Vertrauensleute folgen.

An den Freiger mit den Steuerflüchtigen!

In einer Eingabe an die Nationalversammlung wird der Vorwurf gemacht, alle Deutsche die zum Zweck der Steuerhinterziehung ins Ausland geflüchtet sind oder zu diesem Zweck ihre Vermögen in fremde Staaten verbände nachgeschickt haben, öffentlich namentlich bekannt zu machen.

Ausland.

Belgiens Vier nach Malmédy.

Brüssel, 29. Juli. (Saas.) In Erinnerung auf eine Interpellation in der Kammer bezüglich der Besetzung der Besetzung des Gebietes von Malmédy durch belgische Truppen legte der Minister des Innern die Verhandlungen zwischen den Franzosen, Engländern und Belgiern, die die Angliederung der Gegend von Malmédy zum Ziele haben, dar. Der Minister beauftragte den belgischen Gesandten in London auf einer lokalen Sitzung der Frage der militärischen Besetzung zu bestehen. Die britische Regierung hat noch geäußert, den Befehl zu geben, daß der Kreis Malmédy von belgischem Militär besetzt und der belgischen militärischen Kontrolle unterstellt wird.

Kaiser Vorstoß gegen Clemenceau.

Aus Paris wird gemeldet: Karl von, der Generalsekretär des Friedensauschusses in der Kammer, geht in einem Bericht interessante Enthüllungen über die Haltung Clemenceaus in der Frage der Rheinregion zu machen. Die Gegner Clemenceaus werden aus Anlaß der Diskussion über diesen Bericht einen neuen Sturm gegen das Kabinett Clemenceau laufen.

Die Opposition wird in diesem Fall verstärkt von den nationaldeutschen Kammermitgliedern.

Halle und Umgegend.

Halle, den 30. Juli 1919.

Ferienüberfahrt nach Neu-Neuquay. Am Freitag, den 1. August, findet eine Ferienüberfahrt nach Neu-Neuquay und Weitzin statt. Abfahrt 8 1/2 Uhr von der Weitzinbrücke, zurück 6 Uhr nachm. Abfahrt nur nach Neu-Neuquay 2 1/2 Uhr, zurück 7 Uhr. Gehr. Bergmann und W. Schubert.

Der Bund schreibt uns: Die Verammlung der Wähler des Bundesrats „Zeit“ findet Donnerstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr im Einbehof (Gaststätte) statt. 1. Vorklausuraufst. 2. Wähler, 3. Verschiedenes.

Kriegsbeschädigtenliste im Eisenbahnbetrieb. Die Pörlinge der Eisenbahnerverwaltung des Kriegsbeschädigten genehmigt ist jetzt durch den Erlass des Eisenbahndirektors Oeler in ein neues Eisenbahnen genehmigt. Bekanntlich hatte die Eisenbahnerverwaltung Eisenbahnen genehmigt, auf der Strecke Götter Bahnhof-Kraus-Mühlenturm anzuordnen, für die abstrahieren auf dieser Strecke regelmäßig fahrenden Kriegsbeschädigten trotz des außerordentlich starken Verkehrs besondere Abteile zu reorganisieren. Diese verunglückte Eisenbahnen Abteile haben sich bewährt, die Kriegsbeschädigten, vor allem Eisenbahner, können in diesen Abteilen verhältnismäßig gut, von und zur Arbeitsstelle befördert werden.

Provinzial-Nachrichten.

Wittenberg, 30. Juli. (Morb.) In Wittenberg drangen in der Nacht zum Sonntag Diebe in den Geschäft des Kaufmanns Schäfer. Als dieser, durch den Lärm geweckt, auf den Hof trat, wurde er auf der Stelle durch eine in den Mund angelegte und am Hinterkopfe wieder ausgetretene Revolverkugel niedergestreckt; zwei Stunden später starb er. Allem Anschein nach haben Diebe